

Bezugspreis:

Wöchentlich 21.— M., monatlich 7.— M., ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wöchentlich zweimal Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen

Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtzehnjährige Konvaleszenzliste ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 23. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Kampf um Deutschland.

Paris, 22. April. Der Sonderberichterstatter des Journal des Debats in San Remo ...

Uneinigkeit in San Remo.

London, 23. April. (DN.) „Daily Telegraph“ berichtet, daß Ritti, Millerand und Lloyd George ...

Der „Daily Express“ bringt eine längere Ausführung seines Korrespondenten Verrie in San Remo ...

die in Zukunft neue Zwischenfälle oder Meinungsverschiedenheiten herbeiführen können ...

Genf, 23. April. (DN.) Das „Echo de Paris“ macht Angaben über die Vorschläge Lloyd Georges und Rittis ...

New York, 23. April. (DN.) Dem „New York Herald“ wird aus San Remo telegraphiert: Es liegt auf der Hand ...

Der Eindruck der deutschen Note.

San Remo, 22. April. Die deutsche Note, welche die Forderung von einer Armee von 200 000 Mann stellt ...

Umschwung in der Ukraine.

Regierung gegen „Gesandtschaft“.

Vor wenigen Tagen ließ die hiesige ukrainische „Gesandtschaft“ Petljura, vertreten durch den Finanzminister Boris Martos ...

Dieses Dementi verdient hohes Interesse. Die Ukraine, die seit längerer Zeit aus dem Gesichtspunkt deutscher Sorgen ...

Die Direktorie Petljura und ihre Regierung ist keine regierende und bevollmächtigte Regierung ...

Ungeachtet der Erklärung aller ukrainischen Parteien, von den Kommunisten bis zu den Monarchisten ...

steht. Die von beiden gewählte Regierung ist damit mit Recht als die legale zu bezeichnen und anzuerkennen.

Interessanter noch als diese Tatsache ist der Kampf um den Besitz der ukrainischen Republik im Auslande ...

Das Ende des Direktoriums.

Wie es aus Bukarest meldet, ist der Präsident des ukrainischen Nationalrates, Rozepa, der nach Petljuras Flucht ...

Der Generalstreik im Elsaß.

Paris, 22. April. Nach einer Havadmeldung aus Mülhausen ist der Befehl zum Generalstreik am Mittwoch ...

Nach einer Havadmeldung aus Straßburg funktioniert die Elektrizität seit Mittwoch nicht. Seit heute vormittag ...

Die hohen Preise.

Kein Zweifel: Das Kapitel von den hohen Preisen, die auf dem heutigen Wirtschaftsleben vom Großproduzenten bis zum letzten Verbraucher laffen ...

Die so rechnen, machen einen kleinen Rechenfehler. Sie übersehen geflissentlich, daß zwischen 1914 und heute 4 Jahre Krieg liegen ...

Der berühmte Dolchstoß von hinten — er wurde von den Reaktionsären und ihren willigen Dienern finanziert ...

Jedes Kind weiß heute, daß zwei Gründe für die Teuerung entscheidend sind: die Minderung der Produktion und die Geldaufblähung (Inflation).

Die Minderung der Produktion ist als Kriegsfolge in allen kriegerischen Ländern, auch bei den Siegern, beobachtet worden. Wir waren dabei, sie zu überwinden ...

Es ist also die Schuld der Kaputte und derer, die ihnen nahestehen, wenn der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mit diesem vernichtenden Schläge unterbrochen wurde ...

Wie aber steht es um die Geldaufblähung? Richtig ist, daß unser ganzes Geldwesen von dem Papiergeld beherrscht wird. Das ist zwar nicht die einzige Ursache der Geldentwertung ...

Ist das die Schuld der Sozialdemokraten in der Regierung? — Nein!

Kein Sozialdemokrat hat das Finanzministerium bekleidet. Aber auch die übrigen Parteien, deren Mitglieder die Waltung der Reichsfinanzen auf sich genommen hatten ...

Denn das Anschwellen der papierernen Zahlungsmittel hat im Krieg begonnen und war bis zu dem Grade gediehen, wo der Fäulnisgeruch des Wassers nicht mehr Herr werden konnte ...

Diese Ziffern beziehen sich jedoch nur auf den Umlauf an Banknoten. Seit 1915 kamen mehr und mehr die Darlehenskassenscheine in den freien Verkehr ...

geld im Umlauf. Dieser Betrag erhöhte sich bis Ende 1917 auf 19,3 Milliarden Mark und am November 1918 hatte sich der Umlauf an papierernen Zahlungsmitteln auf 28,6 Milliarden Mark gesteigert.

Wenn man nun mit dümmlicher Freude darauf hinweist, daß heute fast für 60 Milliarden Mark Papiergeld im Umlauf sind, so soll man nicht vergessen daran zu erinnern, daß sich schon vor der Revolution unser Geldwesen von dem Golde völlig losgelöst und zur Papiergeldwährung übergegangen war! Jedenfalls darf man nicht verschweigen, daß mehr als zwei Fünftel des heutigen Papiergeldumlaufs schon vorhanden waren, ehe die Republik errichtet war.

Wenn aber die Notenausgabe in der Folgezeit so rapide angeschwollen ist, so liegen die Gründe dafür ebenfalls noch in der Kriegszeit. Ende 1918 wurde ein Millionenheer demobilisiert, Menschen, die für die Marktwirtschaft ausgeschaltet und in der Hauptsache naturalwirtschaftlich verpflegt und besoldet worden waren.

Dieses Millionenheer kam in die Heimat und trat mit allem im jahrelangen Leben der Entbehrung zurückgehaltenen Bedürfnissen an den Warenmarkt heran. Ist es dann ein Wunder, daß der Bohlingsmittelbedarf während der ersten Monate nach dem Kriege bedeutend zunahm? Die Ziffern der Reichsbank weisen noch, daß allein vom 7. November 1918 bis Ende Januar 1919 für 7,3 Milliarden Mark papierene Umlaufmittel ausgegeben wurden. Das erklärt sich auch daraus, daß das Reich den zu entlassenden Soldaten Demobilisierungsgelder und rückständige Röhmung zu zahlen hatte, daß die sozialen Lasten angewachsen waren. Zur Deckung dieser Ausgaben mußte auf die Notendrucke zurückgegriffen werden. Anders hätte ein besiegter Wilhelm oder ein besiegter Hindenburg an der Spitze der Reichsregierung sich auch nicht helfen können.

Sinnu kam noch ein weiteres. Schon General Bröner hat noch lange vor dem unrühmlichen Ende des großen Völkereinsatzes darauf hingewiesen, daß die Schwerindustrie nicht nur für sich selbst hohe Gewinne einheimete, sondern auch einzelne Schichten der Arbeiterschaft besonders hoch bezahlte. In der Zeit des Arbeitermangels war es ja gute Sitte geworden, daß die Rüstungswerke einander mit Löhnen überboten, um nur überhaupt genug Arbeiter bekommen zu können. Es war nun nichts mehr als begreiflich, daß die Heimkehrer an dem Verdienst der Dabeingeblichen den Maßstab für ihre eigenen Forderungen sahen. Die Produktionskrise kam. Der Anteil an produzierten Gütern, der auf den einzelnen Deutschen entfiel, verringerte sich bedeutend, und im Kampf um seine Existenz fand ein jeder nur das einzige Mittel: die eigene Kaufkraft durch erhöhten Lohn zu steigern und sich so seinen Anteil am Leben zu sichern. Daß die Besitzenden dabei nicht schlecht fortgekommen sind, beweisen die immer weiter sich verschärfenden Gegensätze zwischen arm und reich.

So sah die Liquidation des bankrotten Unternehmens, daß sich Krieg nannte, aus. Haben diejenigen schuld, die liquidierten, oder diejenigen, die mit dem Krieg den Bankrott heraufbeschworen und, als es soweit war, den Kopf in den Sand steckten?

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, was zu retten war zu retten. Aber wie die Maßnahmen auch waren, jedesmal waren es die Reaktionen und die händlerisch orientierten Teile innerhalb der Koalitionsparteien, die offen oder still eine durchdringende Finanzreform forderten. Das Reichsnotenkonzert kam ohne die Hilfe der Koalitionsparteien zu stande, und die wehleidigen Ausdrücke eines Goldstein zum Schutze des mitleidenden Kapitals sind noch in aller Erinnerung.

Diese Reife aber hätten alle Ursache den Mund zu halten, wenn von Verleumdung des Volkes und der anhaltenden Feuerung gesprochen wird. Waren doch sie die treibenden Kräfte, die das Rad ins Rollen gebracht und sich anglich in den Hintergrund verzogen haben, als es galt, die Behandlung des Geldwesens durchauflegen.

„Alkestis“, Tragödie von Robert Precht.

Staatstheater.

Robert Precht liest die Rollen gewissenhaft und lauter. Die Damen sind launisch und erwidern nicht immer, was er empfindet. Sie führen ihn zum Iliorum der hellenischen Mestisfrage, die erzählt, daß Alkestis, der König, sterben sollte. Schon kam der Totenherber, um sein Opfer zu holen, als die Göttin Alkestis für ihn bat. Er wurde das Leben des Königs geschenkt, sie selbst aber mußte bereit sein, an Stelle des eben Geschiedenen in den Ortus zu fahren. Gerne tat sie es, doch der gereizte Admet und Herakles, sein harter Freund, machten sich zur Unterecke auf, die in der Nähe des Tempels liegt. Sie holten die Göttin ins Königshaus zurück. Diese Treue zwischen Mann und Frau wurde in der antiken Sage durch Alkestis bekräftigt.

Die Sage ist wahrscheinlich nicht ins Tragische auszuliegen. Doch einer einen von Ortus wieder auf die Erde hinaufzieht, ist eher ein heiliges Geschäft und ein Schicksal, vollbracht an Plutus und seinen danken Nebenmännern. Robert Precht ist erster gestimmt. Der Tod, der Alkestis das Leben des Königs geschenkt, jagt sie in die Verzweiflung des dritten Aktes, der nach den Ueberraschungen des ersten und den Liebesbitten des zweiten folgerichtig beginnt. In der modernen Alkestis regt sich bald bei der großen Wohnung des Todes tonnenförmiges Entsetzen. Die schillernde Alkestis ist schundenlang bereit, Worte und Klänge zu verleugnen, sie will kühllich sein, arm, elend, Arbeitslaster, wenn ihr das Leben nicht genommen wird. Sie schreit erst um Wochen, dann um Tage, um Stunden schließlich. Der Tod hört, er bleibt hart, er irrt den elfigen Finger aus. Es fällt Alkestis. Die Totenkloge des Galtens ist nicht milder korrosivisch ausgefressen, als die Rede Alkestis. Dann machen sich Admet und Herakles auf den Weg zum Ortus. Er führt auf dem Theater über eine sehr steile Holzstuppe. Im weichen Grunde steht Alkestis, die Reden und die Zusammenkunft des Ortus umwehen ihr Fallbüchse. Sie ist schon von oben göttlichen Lichtern zur Unbestimmtheit unterlesen. Da stürzt Admet hervor. Seine Sprache und sein Freund Herakles wären schon fast genug, um die Entsetzte zu erretten. Doch unerwartet weigert sich Alkestis, aus Gründen einer Ueberrinnlichkeit, die geheimnisvoll an ihr zehrt. Mit Klage müssen die Männer fortkommen, ehe sich die Ortuswände wieder schließen. Alkestis bleibt.

Die Ereignisse dieser beiden, etwas schmerzlichen, etwas trübten Tragödie wurden angeblich und durch Worte umrankt von einem Liebhaber der schönen Künste. Er ist ein erster Mann, der zu jeder Schönheit neigt, der im Gewesenen der Künste mit Fremdsprache lebt. Kultur ist etwas Besonderes. Sie ist nur nicht das Hauptelement des Dichters.

Das Tilla Durieux spielte aus dem Worten, die das Feuer der Sage hergab, eine große Leidenschaft. Es gelang ihr kaum, die kleine Geländlichkeit, die häufig das Trauerspiel einziehen läßt, bewegend vorwärts zu bringen. Herr von Winterstein trug den weniger geschicklichen Part des gereizten Königs mit feiner

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Dresden, 23. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Genossen Dr. Grednauer wird der Minister des Innern Nhilich ebenfalls zurücktreten. Ueber die Neubildung läßt sich richten. Der Justizminister Harnisch wird möglicherweise ebenfalls zurücktreten. Ueber die Neubildung läßt sich zurzeit noch nichts sagen. Es sind eine Reihe Namen genannt worden, aber eine Entschliebung ist noch nicht gefaßt worden. Es sind neuerzeit 11 Forderungen gestellt worden, die auch der Regierung bekannt gegeben wurden. Sie sind veranlaßt durch die Unzufriedenheit der Parteigassen. Sie beziehen sich in der Hauptsache auf die Sicherung der in Sachsen bestehenden Polizeipolizei als Schutzwehr der Republik, auf Demokratisierung der Verwaltung, scharfes Vorgehen gegen solche Beamte, die sich in den Kapptagen nicht als verfassungstreue erwiesen haben. Die neue Regierung wird auf diese Punkte verpflichtet werden. Es heißt nun Männer finden, die geeignet sind, dieses Programm durchzuführen.

Lügen der Reaktion.

Die nationalistischen Blätter wuchsen in der letzten Zeit allerhand merkwürdige Gerüchte über neue Aufrührversuche der Kommunisten im Ruhrrevier mitzuteilen. Wir nahmen von vornherein an, daß an diesen Meldungen nichts Wahres sei, sondern daß hinter ihnen sich lediglich die Versippung des reaktionären Bürgerturns mit einer gewissen Militärkluge verberge. Die Sensationsmeldungen sollten natürlich die Reichsregierung zu einem schärferen Vorgehen im Ruhrrevier veranlassen. Welche neuen Konflikte mit der Entente uns ein solches Vorgehen bringen würde und in welche schweren Komplikationen wir hierdurch gestürzt würden, ist gewissen „Patrioten“ ja gleichgültig.

Wie uns nun ein eigener Drahtbericht aus dem Rheinland meldet, ist dort wie im Ruhrrevier alles ruhig. Die Gerüchte von kommunistischen Untrieben sind von Anfang bis Ende erlogen.

Waffenbeschlagnahme in Greifswald.

Bornahme von Verhaftungen.

Aus Stettin wird gemeldet: Bei der Durchsuchung nach Waffen, die gestern in Greifswald begonnen hat, wurden erhebliche Mengen in Studentenklubs und in Studentenwohnungen beschlagnahmt. Es fanden auch im Zusammenhang damit einige Verhaftungen statt, darunter die des Hauptmanns Genée, der auf einem Gut bei Greifswald festgenommen wurde.

Geyers Selbstsprengung.

Der Untersuchungsausschuß beim R. W. M. löst sich auf.

Die „Freiheit“ berichtet in großer Aufmachung und mit dem Tone stüllicher Entrüstung über die Sprengung des Untersuchungsausschusses im Reichswehrministerium. Hierbei ist aber festzustellen, daß der Schuldige an dieser „Selbstkattrierung“, wie die „Freiheit“ den Akt bezeichnet, kein anderer ist, als das unabhängige Mitglied des Ausschusses, der Abgeordnete Geyer.

Der Ausschuß verdanlt seine Entstehung der energischen Bemühung des Unterstaatssekretärs im R. W. M., Genossen Stod um Herbeiführung einer unparteiischen Untersuchung der Märzvorgänge. Genosse Stod befechtigte zunächst eine rein aus-Offizieren bestehende Untersuchungskommission, die er bei seinem Amtsantritt vorkand, und setzte an ihre Stelle vier Dezerate, in denen die Zivildezeraten das ausschlaggebende Gewicht haben. Zur weiteren Kontrolle bemittelte sich Genosse Stod, noch einen parlamenta-

rischen Untersuchungsausschuß zustande zu bringen. Da der Ausschuß der Nationalversammlung einen solchen ablehnte, so brachte das R. W. M. selber einen Ausschuß zustande, bestehend aus acht Parlamentariern der verschiedenen Parteien. Der Ausschuß sollte die einzelnen Fälle begutachten und sein Urteil darüber abgeben, ob ein angeklagter Offizier freizuspreden, zu verhaften, zu beurlauben, des Dienstes zu entheben oder völlig zu entlassen sei.

Im Laufe der ersten Verhandlung kam es anlässlich des Falles des Obersten v. Ledebour (Hamburg) zu Meinungsdivergenzen über die Befugnisse des Ausschusses. Ueber der Grund war nicht etwa der, daß die Regierungsvorteiler sich gegen eine strengere Auffassung des Ausschusses sträubten, sondern einige Ausschußmitglieder fühlten sich zurückgesetzt, weil sie darauf hingewiesen wurden, daß die Suspendierung v. Ledebours, dessen Fall nach Ansicht der Regierung absolut klar liegt, durchaus nötig sei. Es wurde nun von einem Zentrumsabgeordneten beantragt, die Untersuchung den einzelnen Dezeraten im R. W. M. zu überlassen, womit der Ausschuß seine Tätigkeit selber für beendet erklärt hätte. Unterstaatssekretär Genosse Stod widersprach dem Antrag. Trotzdem wurde dieser mit 4 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Der sich der Stimme enthielt, war — der unabhängige Abgeordnete Geyer, während die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten und der Demokrat Kuske gegen den Antrag stimmten. Hätte Geyer ebenso gehandelt, so wäre der Antrag mit 4 gegen 4 Stimmen abgelehnt worden! Die Verantwortung für diesen Beschluß trifft also in erster Linie den Abgeordneten Geyer.

Die durch unabhängige Mitschuld erfolgte Selbstauflösung des Ausschusses wird übrigens nicht verhindern, daß in den oben dargestellten Dezeraten die Untersuchung mit aller Energie fortgesetzt wird. An dieser Untersuchung nehmen drei Abgeordnete der Linken teil.

Der deutschnationale Parteisekretär als Kaufbold.

Eine Anfrage des Abgeordneten Genossen Wolff-Tillit befaßt sich mit dem Anhalten des deutschnationalen Parteisekretärs Willi Ohm, der in einer deutschnationalen Versammlung zu Ansternburg am 26. Februar 1920 den Vortr. Wedemanna wegen eines Wohlwunders verprügelte. Ebenso wurden andere sozialdemokratische Versammlungsbesucher, die sich einem Wohlwunder erlaubten, von der Kohorte des Herrn Ohm, die durch Reichswehrsoldaten, namentlich Offiziere, verstärkt war, mit Reitpeitschen und anderen Instrumenten bearbeitet. Zur Charakteristik Ohms mag noch angeführt werden, daß er im November 1918 glühender Revolutionär war, der den Soldatenräten revolutionäre Aufrufe in die Feder brachte. Jetzt ist Herr Ohm ebenso glühender Monarchist, dazu ein gewaltiger Kaufbold.

So sieht ein deutschnationaler Parteisekretär aus!

Begreifliches Abrücken.

In Nr. 106 unseres Blattes hatten wir auf die Bildung eines „Schutzregimentes Berlin“ hingewiesen, dem auch ein Student der Technischen Hochschule angehört, und zwar der Abteilung „Flammenwerfer“. Der Technischen Hochschule ist diese Tatsache verhängnisvoll anzuherordentlich unangenehm und in einem an uns gerichteten Schreiben rüdt die Studentendirektion so weit wie möglich von diesen etwas dunklen Vorgängen ab. Sie schreibt:

Mit dem Schutzregiment Berlin hat die Technische Hochschule Berlin nicht das geringste zu tun, infolgedessen jede Verantwortung dafür auf das Entscheidende abzuhängen. Daß die Unruhen bis in die letzten Märztagen andauerten, ein Wiederbeginn des Hochschulbetriebes vor Pfingstmontag also nicht mehr möglich war, ist nicht Schuld der Studenten. Die Kaminose ist noch allem Brauch ferngezeit. Das galt schon in Zeiten wo noch

gegenwärtigen Niedergang wieder erheben und einen neuen Aufschwung nehmen.

Der Mann mit dem doppelten Testament. Unter dem alten Namenge hatte sich in gewissen engen Kreisen des Handels und der Industrie die nette Mode entwickelt, Kaufwerke zu sammeln. Teils des Preisigen, teils der guten Kapitalanlage wegen. Generaldirektor Bode verhandelt, einen Teil dieser Sammler den Staatsmuseen zu verpfänden, indem er sie aus bester Verleitet und leitete. Dafür wurde manches Werk gelistet, manches als Legat in Aussicht gestellt. Nach der Revolution verloren manche dieser Käufwerke die Haltung. Da weder Orden noch Titel mehr lockten, entzäherten sich manche ihrer Schätze — ins Ausland. Einer der letzten nicht zu wischen noch zu wanken: Markus Kappel. Er hatte seine schöne Sammlung von Rembrandts, Gofs' usw. dem Kaiser-Friedrich-Museum vermachet, und als er nun wirklich starb, schies ihm Tode, der intellektuelle Urheber der Sammlung, einen schönen Nachruf, und die Zeitungen kündigten bereits das schöne Erbe an. Es gab doch noch Kapitalisten, die ihren Reichtum im Dienste der Gemeinnachtheit vermalteiten!

Indes der Kappel war ein Mann mit doppeltem Boden. Wie Emil Waldmann in der Wochenchrift „Das Landbuch“ mittelst, machte der Wohlthäter noch rechtzeitig ein zweites Testament, durch das er alles der Familie vermachte. „Nimmer hat sich der Mann lösen lassen als der große Gönner und Förderer des Museums, Leben hat er sich unhangen lassen und den Kaiser bei sich gesehen. Bis zu seinem Tode hat er die Fiktion seiner Wohlthaten aufrecht erhalten und sich dann gedrückt. Schlimmer noch: er hat das Museum geschädigt. Oft genug hat das Museum auf einen wichtigen Ankauf verzichtet, weil Kappel sagte: „Lassen Sie mich es kaufen für die paar Jahre, die ich noch lebe; dann fällt es ja automatisch an das Museum!“ Und das Museum war gläubig genug.

Man sollte die Erben vor die Frage stellen, ob sie wirklich so arm sind, daß sie nicht den Verpfändungen des Erlässers nachkommen können. Wenn sie es können und sich trotzdem auf ihren Schein berufen, dann soll man sie auch an dem Teil der Erbschaft teilnehmen lassen, den sie dann nicht ausschlagen können: dem Schimpf und der Schande.

Dieser Fall mahnt uns Sozialisten darüber hinaus an unsere Verpfändung, Kaufwerke von nationalen Wert unserem Volke zu sichern nicht nur gegen Ausfuhr. Solche Sammlungen, wie die Kappels gehören in die Öffentlichkeit. Wir brauchen ein Gesetz, das die Besitzer solcher Kaufwerke zwingt, sie öffentlich zugänglich zu machen oder den Museen zu überlassen. Da die Werke keinen Ertrag liefern, brauchen sie auch nur im Falle der Bedürftigkeit ihrer Besitzer gegen Entschädigung enteignet werden, und zwar zu den Anschaffungskosten. Wir wollen die Märkte endlich beim Wort nehmen: daß sie für die Allgemeinheit sammeln.

Berliner Volkshochschule. Eine Gregor-Borielung des „Ton Carlos“ findet Sonntag, den 25. vom 10 Uhr, im Institut für Meerestunde, Georgenstr. 34/36, statt. Karten zum Preise von 50 Pf. an den bekannten Verkaufsstellen und beim Verkäufer.

Die Kart-Salabende müssen wegen Erkrankung einiger Mitwirkenden auf ein späteres Datum verlegt werden. Bitte behalten ihre Gälligkeit.

Manneschönheit und stolzer Beredtheit und abstrüßlichen Wendungen. Der Kaufmann, der mit Hilfe des Raters Emil Fischen eine gewaltige Schickslichkeit des antiken Palastes aufbaute, ließ Secoflos so anständig enblüht und blühend aufsteigen, als wenn der Menckous Opferbach zu dieser traurigen Tragödie gehörte. Ist dieser Emil im Ortus noch doch nur eine Rastnachrichtigkeit und alle Ruhe mit antiker und sogar wuchstülicher Symbolik überflügelt?

Die deutsche Eisenbahn. Die größte Belüßübertragung, die je in der Welt dagewesen ist, hat in diesen Tagen die Preussische Landesversammlung genehmigt: den Ueberzug der preussischen Staatsbahnen auf das Reich, in dessen Besitz auch alle anderen Eisenbahnen der Länder mit Wirkung vom 1. April d. J. übergeben werden. Es ist ein Objekt von 43 Milliarden Mark, das damit dem Reichsfiskus überantwortet wird.

Das Mittelalter der Menschheitsgeschichte, so leitet Arthur Jürst sein Werk über „Die Welt auf Schienen“ ein, reicht bis in das erste Drittel des vorigen Jahrhunderts. Erst mit dem Jahre 1830 beginnt die Neuzeit. Damals fand die Eröffnung der ersten großen Eisenbahnstrecke statt, die für den öffentlichen Verkehr bestimmt war. Welche ein Ereignis! Und welch ungeheurer Weg verkehrstechnischen Fortschritts, der seitdem zurückgelegt worden ist! Und wie hat sich seit der Erfindung der Eisenbahnen das Antlitz unseres engeren Vaterlandes verändert! Im Deutschen Museum zu München hängen zwei große Karten von Deutschland, die eine aus dem Jahre 1855, die andere aus dem Jahre 1905. Beide zeigen das Liniennetz der Eisenbahnen, wie es in jenen Jahren ausah. 1855 nur ein dürres Gerippe, fünfzig Jahre später ein bis ins kleinste fein verästelt, unendlich dichtes Netz. 1855 eine Schienenlänge von 828, 1905 eine Gesamtlänge der Bahnen Deutschlands im Ausmaß von 36 477 Kilometern. Acht Jahre später, im Jahre 1913, besaßen die deutschen vorkriegsigen Eisenbahnen zusammen eine Betriebslänge von rund 61 000 Kilometern. Das ist mehr als das Anderthalbfache des Erdäquators. Auf der ganzen Erde mögen beim Ausbruch des Krieges etwa 175 000 Lokomotiven vorhanden gewesen sein. Mehr als ein Sechstel davon, rund 30 000, besaßen damals allein die deutschen Völkchen. Diese 30 000 deutschen Lokomotiven hatten im Jahre 1913 zusammen eine Milliarde zweihundertachtzig Millionen Kilometer durchfahren, hernahe die Entfernung des Saturns von der Erde. Ueber 4 Millionen Wagen verfügten im Jahre 1913, die deutschen Eisenbahnen; 66 200 davon waren Personenzüge, der Rest bestand aus Güter- und Gepädwagen. 18 357 000 Rüge sind im Jahre 1913 in Deutschland gefahren worden; 1 800 000 000 Personen wurden während des genannten Jahres in Deutschland befördert. Das Gewicht der Güter, das in dem einen Jahr auf den deutschen Bahnen befördert worden ist, betrug mehr als 676 Milliarden Kilogramm.

Diese Notennut muß uns erschaffen, wenn wir uns heute angesichts der Zerrüttung unseres Eisenbahnwesens diese Ziffern aus dem letzten Friedensjahre vor Augen führen. Aber so fider wie ein Sechzig-Millionen-Volk nicht untergehen wird, so sicher wird sich auch, früher oder später, das deutsche Verkehrsweisen aus seinem

Niemand an Revolutionen und Gegenrevolutionen dachte.

Ueber die Frage der Schuld der Studenten an dem Putsch, die in diesem Schreiben angeschnitten wird, hege sich kein Urteil. Im übrigen freuen wir uns, feststellen zu können, daß die offizielle Studentendirection der A. S. von dem Treiben der reaktionären Wähler entschieden absieht, und wünscht, daß sie ihre Neutralität mit gleicher Entschiedenheit auch ihren Kandidaten gegenüber vertritt. An den tatsächlichen Angaben unserer Zeitschrift ändert dies Schreiben jedoch nichts. Bestehen bleibt die Tatsache, daß ein Schutzbündel in Berlin weitestgehend freiwillig, offenbar zu neuem Bürgerkrieg anreizt, und daß junge Studenten, statt aus den Märztagen zu lernen, sich auf neue Kampfschlachten gegen das wertvolle Volk hergeben, statt ihm zu helfen, eine Wiederholung des jüdischen Märzputsches ein für allemal unmöglich zu machen.

Studenten sprechen heutzutage viel von ihrem „Führerberuf am Volk“. Den Befähigungsnachweis werden sie nur erbringen, indem sie mit Taft und Klugheit an unserer Seite und nicht mit Maschinengewehren und Flammenwerfern gegen uns vorgehen.

Die Zivilkommissare bei der Sicherheitspolizei.

Der Polizeipräsident Gen. Richter schreibt uns: In der heutigen Wochenschrift des „Vorwärts“ ist eine Resolution abgedruckt, die in der Donnerstagssitzung der Berliner Gewerkschaftskommission beschlossen wurde und sich mit den auf meinen Vorschlag vom Ministerium des Innern bei der Berliner Sicherheitspolizei eingesetzten Zivilkommissaren beschäftigt.

Hierzu erkläre ich folgendes: Sofort bei der Übernahme meines Amtes habe ich es für notwendig erachtet, bei der Sicherheitspolizei aus Gewerkschaftskreisen hervorgegangene Vertrauensleute einzusetzen. Diese Maßnahme sollte bezwecken, bei der notwendigen Bekämpfung der Sicherheitspolizei im verfassungstreuen Sinne durch diese Vertrauensleute geeignete Unterstützung zu haben, zweitens bei der Bekämpfung der Sicherheitspolizei unter Vermittlung aller Mißgriffe trotzdem wirksames Einsetzen zu erzielen. Ich habe mich sofort mit mehreren bekannten Vertrauensleuten aus der Gewerkschaftsbewegung in Verbindung gesetzt und auch entsprechende Zusagen erhalten. Von der Gewerkschaftskommission ist weder beim Minister des Innern, noch bei mir eine dahingehende Forderung erhoben worden.

Wenn jetzt die Besetzung dieser Stellen Unstimmigkeiten entstanden sind, so ist das darauf zurückzuführen, daß auf gleichzeitige Anregungen des Ministeriums des Innern bei der Gewerkschaftskommission die Auffassung entstanden ist, daß ihr bei den in Frage kommenden Stellen das alleinige Vorschlagsrecht zustünde.

Die von mir vorgeschlagenen und vom Minister des Innern angenommenen Zivilkommissare sind Mag. Wehrndt, Angehöriger des Metallarbeiterverbandes seit 1903 und Mitglied dieser Organisation seit 1904, Georg Walter, Mitglied des Holzarbeiterverbandes seit 1896, Max Bernhardt, Angestellter des Transportarbeiterverbandes, Richard Bomhamel, Mitglied des Zentralverbandes der Zimmerer seit 1901 und Angestellter des Verbandes seit 1904.

Die über die bisherige Tätigkeit der Zivilkommissare angeführten Tatsachen beweisen, daß es sich um Personen handelt, die seit vielen Jahren das Vertrauen der Berliner Arbeiterbevölkerung besitzen. Der Lehgenannte ist außerdem von der Gewerkschaftskommission nachträglich selbst vorgeschlagen worden. Für mich persönlich kam nur die Verwendung von erfahrenen Gewerkschaftsleuten in Frage. Mich auf den Vorschlag von in fremder Richtung politisch abgestempelten Persönlichkeiten einzulassen, muß ich ablehnen, da damit das Gegenteil des mit Errichtung von Zivilkommissarstellen beabsichtigten Zweckes erreicht werden würde.

Die A. P. D. und der Nationalbolschewismus

Wieder einmal gab eine öffentliche Volksversammlung der A. P. D. im Lehrervereinshaus Gelegenheit, den Bruderkampf der beiden kommunistischen Parteien zu bewundern. Unter dem Titel „A. P. D. und Nationalbolschewismus“ kam dieser Kampf deutlich zum Ausdruck; es wurde betont, daß ein Redner betonte, A. P. D. und A. U. B. D. hätten heute weiter getrennt voneinander als die A. P. D. von den beiden sozialistischen Parteien.

Der Referent Ernst Meyer wandte sich scharf gegen den Versuch, den Nationalismus mit dem Nationalbolschewismus zu verbinden. Lauffenberg und Wolfheim von der A. P. D., die den Angriffskrieg am Rhein wollen, sind dieselben Leute, die mit den Rappoportisten vor und nach dem Putsch Verhandlungen geführt haben. (Widerpruch und Zustimmung.) Die Zentralleitung der A. P. D. dagegen habe es strikte abgelehnt, mit den Nationalbolschewisten in irgendeine Fügung zu treten, sie sei und bleibe Vorkämpferin des echten Kommunismus. (Zustimmung und Widerspruch.)

Die Diskussionsredner Kroh von der A. P. D., Mendel und Wempefer von der A. U. B. D. richteten während der Angriffe gegen die Zentralleitung der A. P. D. und besonders gegen die „Akte Fahne“. Christlichkeit und Schamlosigkeit sei es, wenn die Zentralleitung durch die „Akte Fahne“ immer noch die vergiftende Lüge verbreiten lasse, daß die A. U. B. D. mit den Rappoportisten in Verbindung gekunden hätte, und wenn demgemäß von dem selbstamen westeuropäischen Sekretariat der kommunistischen Internationale die lächerliche Erklärung gegen die A. U. B. D. beantragt werde. Kroh betont außerdem, daß der linke Flügel der A. U. B. D. gemeinsam mit der A. P. D. der Meinung sei, daß die schwächliche Haltung des Spartakusbundes der Revolution schade, denn es genügt nicht die Revolutionierung der Masse, sondern dazu gehört auch die Revolutionierung der Gände. (Stürmische Zustimmung.)

Kobler von der A. P. D. widersprach der Behauptung des Referenten, daß die Zentralleitung der A. P. D. den Verhandlungen mit Rappoportisten ablehnen und gegenüberstehen hätte; sie habe nur auf Donnerstag verdrängt, während die A. U. B. D. schlammig jede Verhandlung mit Offizieren oder anderen Nationalbolschewisten ablehnt habe. Nach diesen Behauptungen entsteht ein großer Tumult, der sich noch steigert, als Kobler von der Zentralleitung der A. P. D. die Behauptung des Referenten wiederholt und die Leute des Nationalbolschewismus und der A. U. B. D. als Spitzel und Verräter bezeichnet. Nach währenddem Protest der Versammlung muß er abtreten, wie auch sein Nachfolger von der A. U. B. D., der dieselben Vorwürfe der Zentralleitung der A. P. D. macht. Ein Hamburger Genosse der A. P. D. bekräftigt noch die Ausführungen Koblers und bringt Beweise, daß Lauffenberg fünfmal mit Lettow-Orstedt und anderen freideutschen Offizieren Verhandlungen gepflogen habe.

Ergabensucht ein Genosse Neumann zur Einigkeit des Proletariats aufzurufen. Im Schlußwort muß der Referent selbst zugeben, daß das Amissen der kommunistischen Versammlungen von der Einigkeit der Arbeiterkraft kein Zeugnis gibt.

Das Ergebnis: zwei Seiten behaupten jede für sich, die alleinigen Hüter des revolutionären Prinzips sein und jede erklärt die andere für Spitzel und Verräter — und beweist es! Wann gehen der Arbeiterkraft endlich die Augen auf?

Die ungeschätzliche Erhöhung der Postgebühren um das Drei- und Vierfache gegenüber den Realisationspreisen sind heute im Hauptausdruck zur Beratung. Die Verläufe einer Herabsetzung scheiterten an der Tatsache des Milliardenbegriffs der Postverwaltung, wiewohl auch die Postverwaltung die für den unfernen Prallkollapsbedeutenden Rischer-Berlin und Steinlopp vorgeschlagene Befreiung einer Mindereinnahme gerade infolge der verheerend wirkenden Erhöhung der Eingelasse nicht in Abrede stellen konnte. Trotzdem nahm die Postverwaltung gegenüber den Vorkämpfern auf organische Verbesserung des Postbetriebes einen abweichenden Standpunkt ein. Nur gegenüber der geradezu ungeheuerlichen Erhöhung der für die Postgebührenforderung geforderten Einnahme gelang es auf Antrag Richter und Hoch die Einnahme für Postnummern im Gewicht bis zu 20 Gramm um ein Drittel und für solche von 20—50 Gramm um ein Viertel zu erniedrigen. Statt mit 3 werden erstere künftig mit 2 Pf., letztere mit 4 künftig mit 3 Pf. bezahlt.

Genosse Cohen-Mensch erlucht und um Aufnahme folgender Erklärung: Der Bericht des „Vorwärts“ über die Frankfurter Sitzung läßt mich an einer Stelle sagen: „Cohen wachte sich gegen die Annahme, daß er noch einem Mandat oder einer Stellung jage.“ Diese Wendung trifft den Sinn des Beschlusses und das, worauf es ankommt, nicht. Freilich „jagen“ werde ich noch einer meiner Freunde nach Warden; oder Stellung, aber ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es das gute Recht jedes Parteigenossen sei, sich in aller Offenheit um ein Mandat zu bewirken, und daß es Sache der Parteimitglieder sei, darüber zu entscheiden. Ich habe mich in aller Deutlichkeit gegen die vielerorts eingeriffene Heuschrecke beten gewendet, die eine solche offene und ehrliche Bewerbung als eine Unschicklichkeit hinstellen würde, obwohl sie wissen (aber doch wissen könnten), daß oft genug im Reinen Kreise die Vorbereitung der Verteilung von Mandaten und Stellen in einer Weise vorgenommen worden ist, die nahezu einer Ausschaltung demokratischer Grundzüge gleichkam und die freie und unbefristete Stellungnahme der Genossen auf äusserst erschwert hat. Im übrigen handelt es sich bei einem Mandatsbewerb meiner Ueberzeugung nach nicht um ein für die eigene Person erstrebtes Benehmen, sondern um eine Sache, um eine bestimmte politische Auffassung, der man dienen und vorwärts helfen will.

Groß-Berlin

Ein Schritt auf dem Wege zur neuen Schule.

Mit dem Beginn des neuen Schuljahres werden in den Räumen der früheren Kadettenanstalten die „staatlichen Bildungsanstalten“ eröffnet. Das Lehrjahr an der Bildungsanstalt in Berlin-Lichterfelde beginnt am 1. Mai. Die Kadettenanstalten dienen der Heranbildung des Offiziersberufes. In den neuen Bildungsanstalten will sich der Staat Bürger heranziehen, die im Geiste der neuen Zeit ihrer Volksgemeinschaft zu dienen bereit sind.

Die Jünglinge der bisherigen Kadettenanstalten in den staatlichen Bildungsanstalten bleiben, um ihre Schulbildung dort abzuschließen. Die Bildungsanstalten behalten den Charakter von Internaten, die den Eltern ihrer Jünglinge die Erziehung ihrer Kinder wirtschaftlich erleichtern. Bisher kam diese Leistung des Staates nur denjenigen Schichten des Volkes zugute, aus denen die künftigen Berufsoffiziere hervorgingen. Die neuen Bildungsanstalten sollen grundsätzlich allen Kindern deutscher Eltern, ohne Unterschied des Einkommens, offen, da sie nicht mehr zur Vorbereitung für einen bestimmten Beruf eingerichtet sind. Bei der Aufnahme werden die Söhne solcher Familien bevorzugt, die durch den Krieg am schwersten gelitten haben, entweder weil der Vater im Kriege gefallen ist oder einen dementsprechenden Schaden an seiner Gesundheit erlitten hat, oder weil die Familie durch die Gebietsabtretungen des Versailler Friedens ihre deutsche Heimat verloren hat oder vor dem Kriege in Ausland lebte und dort die wirtschaftliche Grundlage ihres Daseins eingebüßt hat. Es ist eine der vornehmsten Pflichten der Demokratie, allen Kindern, ohne Einschränkung durch die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Eltern, die Erziehung zu gewähren, die ihnen nach ihren natürlichen Anlagen zukommt. In diesem Sinne werden die staatlichen Bildungsanstalten wahre Schulen des Volkes sein.

Der Preis der Internatsstellen kann je nach den Verhältnissen der Eltern und der Persönlichkeit des Jünglings auf 1000, 1200, 1500 und 2000 M. festgesetzt werden, auch können volle Freistellen vergeben werden. Die Anstalten werden zunächst nach dem Lehrplan eines Realgymnasiums weitergeführt, und zwar so, daß die Anstalten in Köpenick, Pflon und Wilmshagen von Seria bis Untersekunda, in Potsdam und Raumburg von Seria bis Obersekunda reichen, während die Anstalt in Lichterfelde von Untertertia bis Oberprima geht. In Lichterfelde besteht die Absicht, möglichst bald durch Sonderveranstaltungen auch Realschüler in den Uebergang auf die Internatsstellen der Bildungsanstalt zu ermöglichen.

Am 3. Mai soll die Bildungsanstalt in Lichterfelde mit einer Ansprache des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eröffnet werden. Hier soll zum ersten Male eine öffentliche Schule entstehen, die durchaus im Geiste der neuen Zeit zu arbeiten gewillt ist. Sie wird ganz und gar dem neuen Ideal dienen: innerlich selbständige, verantwortungsvolle Persönlichkeiten für eine demokratische, von sozialem Willen befeuerte Gesellschaft zu erziehen.

Niedriger hängen!

In der „Berlin-Tempelhofer Zeitung“ vom 21. April finden wir auf Seite 2 folgendes Kopielich:

„Wie wir erfahren, sind vor kurzem sieben Häuser des Tempelhofer Feldviertels, die der Gesellschaft für Bauanstellungen gehören — einer Gesellschaft, die im Zusammenhang mit der Tempelhofer Feld-Aktien-Gesellschaft steht — an einen Schweden verkauft worden. So macht sich das Ausland unsere niedrigen Voluta zunutze, um deutschen Völkern an sich zu bringen. Es dürfte wohl auch kein Zufall sein, daß der Verkauf dieser Häuser mit der Genehmigung des Reichsrats zur Wertzuwachssteuer durch die Gemeindevorstellung in ihrer Sitzung vom 12. April d. J. zeitlich zusammenfällt.“

Auf der 4. Seite derselben Nummer aber lesen wir nachfolgendes Inserat:

Meine in besserer Lage Tempelhofer belegenen Grundstücke verkaufe an Ausländer, bevorzugt Engländer oder Franzose. Angebote unter A. B. 9 an die Exp. dieses Blattes.

Ja, ja, „so macht sich das Ausland unsere niedrige Voluta zunutze, um deutschen Völkern an sich zu bringen.“ Und so hilft die brave „Tempelhoferin“ den „Reichspatrioten“ bei ihrem geradezu hochverräterischen Treiben und macht sich auf ihre Art „unsere niedrige Voluta zunutze“, um ihre Kasse zu füllen. Sie haben sich alle nicht vermerken die Herren vom Reich, was bedeutet ihnen das Vaterland, wenn sie ein gutes Geschäft machen können. Der Amis- und Gemeindevorstellung Berlin-Tempelhof empfehlen wir aber, darauf zu dringen, daß ihr „vertrauenswürdiges amtliches Publikationsorgan“ die Interessen der Gemeinde besser wahr.

Das Seidenlager im Kuhstall.

Eine Einbrecherbande suchte in der Nacht zum 8. d. M. ein Kaufhaus am Köpenicker Park heim. Sie erbeutete für 120 000 Mark Seide und Satin. Es war zunächst keine Spur zu finden, bis der Fehler die Ware einem ihm unbekanntem Kriminalbeamten anbot. Dieser ging zum Schein auf den Handel ein, und so fand man das Diebstahl in einem Kuhstall wieder. Die Ermittlungen ergaben nun, daß die Einbrecher es durch Vermittlung eines Schankwirtchens an den Diebstahl hatten. Der Schankwirtchens konnte den Mann, in dessen Auftrag er die Vermittlung übernommen hatte, genau beschreiben. Alles sagte auf den Schlichterhagen Georg Döring, der in Kiefernallee unter dem Epitheton „Der Knochenbrecher“ bekannt war. Dieser Döring fand an der Spitze einer Jubilatebande, die auch auf Raub, Plünderung und Einbruch ausging. Die Mitglieder dieser Bande, die hauptsächlich aus dem Scheunenviertel stammten, lebten in Feindschaft mit anderen Kiefernallee. So kam es, daß Döring am vergangenen Sonntagabend ein böses Ende fand. In der Ufastraße feierte ein Kiefernallee ein Fest. Um 23 Uhr, fand sich auch Döring mit einigen Freunden ein und brach einen Streik vom Hause, in dessen Verlauf ein gewisser Meher und Döring so schwer verletzt wurden, daß beide noch dem Krankenhaus gebracht werden mußten. Dort starb Döring an den Folgen eines Brustschusses. Kurz vor seinem Tode ließ er eine Belohnung von 100 000 M. für den aus, der seinen Tod rächen werde. Das Rätsel, woher der „Knochenbrecher“ diese große Summe habe, ist jetzt gelöst: sie stammt ohne Zweifel zum größten Teil aus dem Einbruch am Köpenicker Park. Den Mitgliedern seiner Bande ist man auf der Spur.

Machtlos gegenüber Wohnungshamstern?

In unserer in Nr. 150 veröffentlichten Mitteilungen über die Wohnungshamstererei einer unternehmenden Dame (Hil. Auguste Sommer, Berlin, Tute-Wardenberg-Str. 9), die ihr Gewerbe in Vororten des Westens treibt, erfahren wir, daß man das Wohnungshamsteramt Schöneberg längst auf sie aufmerksam gemacht hat. Inzwischen ist, da sie ihren Wohnsitz nach Berlin verlegt hat, auch das Wohnungshamsteramt Berlin von ihrer Wohnungshamstererei in Kenntnis gesetzt worden mit dem Ausdruck der Verdammung darüber, daß sie sich in Berlin wieder noch eine Wohnung verschaffen konnte. Aber ebenso wie in Schöneberg hat auch in Berlin das Wohnungshamsteramt sich für machtlos erklärt. In einer Beschlagnahme fehlen die Voraussetzungen, hat jetzt das Berliner Wohnungshamsteramt geantwortet. Das ist formell richtig, da ja die gehamsterten Wohnungen nicht leerstehen, sondern durch die hamsternde Dame weitervermietet oder unter gleichzeitiger Verkauf von Möbeln abgetreten worden sind. Sollte es aber gar nicht möglich sein, dieser Wohnungshamstererei ein Ende zu bereiten? Früher Sommer hat in verhältnismäßig kurzer Zeit zehn Wohnungen gemietet und dann an Wohnungshamsterer weitergegeben. Was sagt denn dazu das Wohnungshamsterministerium? Woher haben die Wohnungshamsterer nur das Recht, bei Ablauf der Mietverträge gehamsterte und weitergegebene Wohnungen zur Beschlagnahme zu schreiben und dann selber über die Weitervermietung zu entscheiden. Gegenüber Wohnungshamstern ist das schon mehrfach getan worden, auch vom Wohnungshamsteramt Schöneberg gegenüber dem Hrl. Sommer. Richtig wäre aber, daß die Wohnungshamsterer ermächtigt wären, die mit Wohnungshamstern geschlossenen Mietverträge noch vor ihrem Ablauf mit kurzer Andienung aufzuheben.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

In der heutigen Sitzung der Arbeitergemeinschaft sozialdem. Lehrer, die um 4 1/2 Uhr im Sitzungssaal des Stadthauses begann, lautet das Thema nicht: Arbeiterreaktion gegen die Lehrer, sondern: Arbeit der Reaktion gegen sozialistische Lehrer.

Am alle Waldbesucher ergeht die dringende Bitte, zwecks Erhaltung des Fortbestandes im Walde nicht zu rauchen. Gerade in der wärmeren Jahreszeit kann ein achilles weageworfenes Streichholz leicht einen Brand entfachen und damit der Forstwirtschaft sowie der Allgemeinheit einen ganz empfindlichen Schaden zufügen.

Wilmerdorf, Stadtverordnetenversammlung. Eine Petition wegen unzulänglicher Verpflegung mit Kranken- und Hilfsmitteln wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Der Vertreter des Magistrats vertrat die sonderbare Ansicht, daß die Zuckerkranke infolge der sehr spärlichen Einhaltung, nur rationelle Lebensmittel einzunehmen, recht gesund geworden sind, versprochen aber schließlich Abhilfe. Zwei Entwürfen einer neuen Lustbarkeitssteuerordnung nach dem Muster von Groß-Pusteln, sowie der Erhöhung der Hundesteuer von 50 auf 100, für den zweiten Hund 150, den dritten Hund 200 M. wurde in erster und zweiter Lesung zugestimmt.

Der Magistrat rechnet mit einer Verdoppelung der Jahreseinnahmen von 350 000 auf 700 000 M. Eine Vorlage, den Magistrat zu ermächtigen, bis zu 10 000 M. an die Organisationen zu zahlen, um unvermögende Wählerern von Wilmerdorf die Reise in die Abstimmungsgebiete zu ermöglichen, wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Ein Antrag, den Bürgerdeputierten und Armenpflegern Sitzungsgebühren zu gewähren, ging an den Finanzausschuß. — Die Stadtverordnetenversammlung billigte den Abschluß eines Mietvertrages mit dem preussischen Landesfiskus über die Vermietung eines Teiles der 7. Gemeindefeule zur Unterbringung von Mannschaften der Sicherheitspolizei. Unsere Genossin Frau Krömm bedauerte, daß Schulräume hergegeben werden müssen, hofft aber, daß der Vertrag nur ein Jahr läuft und der Magistrat dann andere Räume beschaffen kann. Entscheidend sei, daß die ruhmgelährte Einwohnerwehr von ihrem stark behaupteten Kriegsplan endlich verschwunden ist. Der Aufklärung eines Weibemordes zur Erlangung geeigneter Entwürfe für die Ausgestaltung des Ehrenfriedhofes für Kriegsgefallene wurde in erster und zweiter Lesung zugestimmt und 7000 M. für diesen Zweck bewilligt.

Die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion: Was gebietet der Magistrat zu tun, um zu verhindern, daß Waffen und Munition der zur Auflösung gelangten Einwohnerwehr in unbefugte Hände gelangen, wurde vom Genossen Kempfer begründet. Bürgermeister Peters beantwortete die Anfrage dahin, daß die Einzeldarstellungen des Stadtverordneten Kempfer zurechtfinden seien. Weitere Waffen dürften infolge des Ministerialerlasses nicht mehr abgegeben werden. Ein Antrag, auch den Unrechtmäßig eingetragenen Mitglieder der Einwohnerwehr die Waffen abzunehmen, kommt in der nächsten Sitzung zur Beratung.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Reinkendanz. 25 24 ein Stück hochwertige Kernseife (24) in den amtlichen Verkaufsstellen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Genie, 23. April:

26. Abt. 6 Uhr Ausgabe der Reichszeitung bei Kohnsdorff, Petersburger Str. 88.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralverband der Arbeiterkassen Deutschlands, Bezirk Zentrum. Sonntag 10 Uhr Schule Gipsstraße 23, Zimmer 5, Mitgliederversammlung. — Giste willkommen. — Freireligiöse Gemeinde. Sonntag 11 Uhr im Stadthaus, Klosterstr. 50. Vortrag des Herrn Paul Royal: Der vollkommene Mensch. — Harmonium: Serenade (Hoh.) Giste willkommen.

